

GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 59 / 567
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zum Budget 2024 und zum Finanzplan 2025 - 2027

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

Präsident: Beat Rüedi, Kreuzlingen
Mitglieder: Martin Nafzger, Romanshorn
Denise Neuweiler, Zuben
Sabina Peter Köstli, Hüttwilen

Antrag Subkommission DFS/SK an das Plenum der GFK

Die Subkommission DFS/SK stellt dem Plenum der GFK für die Sitzung vom 30. Oktober 2023 folgenden

Antrag:

Korrektur des Kontos 2100.3990.620, Umlage Informatikkosten: neu CHF 1'430'248 (statt wie bisher CHF 1'022'560)

Begründung:

Im Informatik-Budget 2024 der Staatskanzlei hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der Betrag von CHF 407'688 für das Ergebnisermittlungssystem VOTING (angesiedelt bei der Regierungskanzlei) wurde falsch, d.h. mit einem Tausenderstrich anstatt ohne Tausenderstrich, in die Excel-Tabelle eingetragen. Dies führte dazu, dass der Betrag von CHF 407'688 vom Excel-Programm nicht addiert und deshalb in der Gesamtsumme von CHF 1'022'560 nicht berücksichtigt wurde. Die richtige Summe für das Konto 2100.3990.620, Umlage Informatikkosten, beläuft sich auf CHF 1'430'248 (CHF 1'022'560 + CHF 407'688).

Die Subkommission DFS/SK bittet die GFK, das Informatik-Budget 2024 der Staatskanzlei entsprechend zu erhöhen.

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2024 und zum Finanzplan 2025 - 2027

Das Budget 2024 weist in der Erfolgsrechnung (vor den Beratungen durch die GFK) einen Aufwandüberschuss von 86.7 Mio. Franken auf. Es entspricht damit in etwa dem letztjährigen Finanzplan für das Jahr 2024 mit einem Aufwandüberschuss von 64.8 Mio. Franken, wenn berücksichtigt wird, dass die Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) um 21.6 Mio. Franken tiefer budgetiert wird (im Finanzplan 2024 war die doppelte Gewinnausschüttung der SNB eingestellt). Trotz dem budgetierten Aufwand-

überschuss können erfreulicherweise sowohl das Haushaltgleichgewicht (§ 18 FHG) als auch die Ausgabenstabilisierung (§ 19 FHG) im Budgetjahr noch eingehalten werden.

Mit 107.7 Mio. Franken sind 2024 deutlich höhere Investitionen budgetiert als in der Vergangenheit. In den Jahren 2015 bis 2022 betrugen die Investitionen durchschnittlich rund 50 Mio. Franken. 2023 erhöhte sich das Budget auf 81.6 Mio. Franken. Höhere Investitionen sind vor allem bei der Softwarebeschaffung sowie bei Hochbauten zu verzeichnen. Die Gesamtrechnung ist massiv negativ. Es resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von 242.6 Mio. Franken.

Das Stellenwachstum ist anhaltend hoch. Nebst den neuen Planstellen fallen vor allem auch die budgetierten befristeten Anstellungen auf. Diese sind mit 63.4 im Budget 2024 mehr als doppelt so hoch als im Budget 2023 (30.5). Die Erfahrung zeigt, dass befristete Stellen später häufig in neue Planstellen umgewandelt werden.

Die Erfolgsrechnungen im Finanzplan 2025 bis 2027 zeigen laufende Aufwandüberschüsse von rund 40 Mio. Franken. Um diese Verbesserung gegenüber dem Finanzplan 2024 bis 2026 zu erzielen, hat der Regierungsrat in den Finanzplanjahren 2025 bis 2027 eine (befristete) Steuerfusserhöhung von 8 % vorgesehen, was einer Ergebnisverbesserung von jährlich rund 48 Mio. Franken entspricht. Damit sollen die tiefer ausfallenden oder sogar gänzlich ausbleibenden Ausschüttungen der SNB und die tieferen erwarteten Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich NFA einnahmenseitig teilweise kompensiert werden.

Die Investitionen sollen gegenüber dem Budget 2024 in den Planjahren 2025 (130.7 Mio. Franken) und 2026 (120.9 Mio. Franken) sogar noch steigen. Erst für das Jahr 2027 ist mit 95.6 Mio. Franken ein Rückgang (auf hohem Niveau) vorgesehen. Die Investitionen betreffen bei den Hochbauten insbesondere Museen, Schulen und das Justizwesen. Ferner sind zwingend notwendige hohe Investitionen im Informatikbereich geplant. Der Regierungsrat hat bei der Erarbeitung des Finanzplans bereits Priorisierungen in den Bereichen Informatik und Hochbau vorgenommen, was unumgänglich erscheint. Die Realisierung sämtlicher Investitionen im Finanzplan würde zu einer zu hohen und unerwünschten Verschuldung des Kantons Thurgau führen. Das unbestrittene Ziel eines mittel- bis langfristig ausgeglichenen Finanzhaushaltes und einer ausgeglichenen Staatsrechnung würde ansonsten verfehlt.

Budget 2024 DFS

Gesamtergebnis Erfolgsrechnung gegenüber Budget 2023	– 11.7 Mio. Franken
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung gegenüber Rechnung 2022	– 98.4 Mio. Franken

Die grosse Differenz zur Rechnung 2022 erklärt sich durch den massiven Rückgang bzw. das Ausbleiben der Gewinnausschüttung der SNB und durch tiefere Einnahmen beim Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen. Bei den Steuern (Staatssteuern, Spezialsteuern und Anteil an der direkten Bundessteuer) wird mit Mehreinnahmen gegenüber dem Budget 2023 von 29 Mio. Franken kalkuliert. Mit höheren Ausgaben ist für

die Verzinsung von Passivkapitalien (Stichworte: höhere Zinsen und Aufnahme von neuen Fremdmitteln) zu rechnen. Höhere Ausgaben werden auch im Asylwesen, für die Spitalversorgung, für die Umsetzung der Pflegeinitiative und aus demografischen Gründen (zunehmende Alterung) für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV erwartet. Aufwandmindernd für das DFS ist hingegen der Weggang der Finanzkontrolle zur Staatskanzlei.

Stellenetat

Das DFS beantragt 4.2 neue Planstellen und 8.59 befristete Stellen. Von den Ämtern sind acht neue Vollzeitstellen beantragt worden. Gründe für Stellenablehnungen: Zu starkes Stellenwachstum; Weiterführung der Befristung einer Stelle, da sich die Asylsituation mittelfristig wieder entspannen sollte; Stelle nicht nötig. Zwei bewilligte Stellen betreffen neue Veranlagungsexperten oder Veranlagungsexpertinnen bei der Steuerverwaltung für die neu einzuführende OECD-Mindestbesteuerung. Das Personalamt erhält eine weitere Juristenstelle zu 60 %, um die Stellvertretung sicherzustellen, einen fachlichen Austausch zu ermöglichen und die seit langem hohe Arbeitslast auf zwei Personen zu verteilen. Eine weitere neue Vollzeitstelle entfällt auf eine Fachspezialistin oder einen Fachspezialisten im Rechnungswesen und Controlling in der Finanzverwaltung, um die Einführung des totalrevidierten Finanzhaushaltsgesetzes zu begleiten. Die verbleibenden 0.6 Stellen entfallen auf das Lebensmittelinspektorat beim Kantonalen Laboratorium, da bei diesem vermehrt rechtlich-administrative Aufgaben (Rechtsverfahren, Abklärungen «Bio», Zertifikate für Export, etc.) anfallen. Die befristeten Stellen betreffen vor allem die Steuerverwaltung (3.13), das Sozialamt (2.4) und das Amt für Gesundheit (1.52).

7010 Generalsekretariat

Der Solidaritätsbeitrag für Betroffene von Medikamententests ist noch nicht im Finanzplan 2025 bis 2027 berücksichtigt. Die Aufwandschätzung für Wiedergutmachungen liegt im Moment bei 12.5 Mio. Franken für 500 Fälle. Die Gesetzesvorlage befindet sich in der Vernehmlassung. Es ist ein Betrag von 25'000 Franken pro Person vorgesehen.

Die Solidaritätsbeiträge sollen in den Jahren 2025 bis 2033 ausgerichtet werden, wobei der Grossteil der Gesuche in den Jahren 2025 und 2026 eingereicht und bearbeitet werden dürfte.

Die Stelle des Digitalisierungsverantwortlichen des DFS konnte in der Zwischenzeit mit einer äusserst kompetenten Person besetzt werden.

7110 - 7120 Personalamt

Bei den Personalkosten resultiert ein Zuwachs von 4.6 % gegenüber dem Budget 2023. Für die Lohnrunde 2024 ist eine Lohnerhöhung von 2.5 % vorgesehen, die wie folgt aufgeteilt werden soll: 1.5 % generelle (Teuerung) und 1 % individuelle Lohnerhöhung.

Es wurde dabei auf die Teuerungsprognose des Eidgenössischen Finanzdepartementes abgestellt.

Die Tabelle auf Seite 15 unten der Budgetbotschaft enthält wegen des Wechsels bei der Lohnverarbeitung zu Abacus mit 74.25 Lernenden eine falsche Zahl. Es werden 85 Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung ausgeschrieben. Wegen der KV-Reform sollen zwei KV-Lernende weniger angestellt werden, um erste Erfahrungen mit der neuen Bildungsverordnung zu sammeln.

Im Moment sind 59 offene Stellen ausgeschrieben. Tendenziell haben die Vakanzen zugenommen. Der Durchschnitt der letzten vier Quartale lag bei 50.5 offenen Stellen.

Aktuell sind 88 Case Management-Anträge offen, was einer Zunahme entspricht. Aktiv können 63 begleitet werden. Es besteht aufgrund einer Kapazitätsgrenze eine Warteliste. Bis 30.09.2023 wurden 65 Fälle abgeschlossen. Der Durchschnitt der letzten vier Jahre liegt bei rund 71 Fallabschlüssen. Die Fallzahlen sind anhaltend hoch. Die Verteilung innerhalb der Departemente ist in etwa gleichmässig.

Mit dem neuen Modul «Personalbudget 2025+» soll der Personalbudgetierungsprozess in Abacus integriert und aktuelle komplexe und fehleranfällige (manuelle Übertragung von Zahlen) IT-Schnittstellen beseitigt werden. Der aktuelle Personalbudgetierungsprozess ist excelbasiert und ausserhalb der Lohnsoftware von Abacus.

7310 - 7360 Finanzverwaltung

Die AXPO darf keine Dividende ausschütten, solange sie unter dem Rettungsschirm des Bundes ist. Dadurch reduziert sich die Dividende der EKT Holding AG um 4.5 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2023.

Der Finanzierungsfehlbetrag 2024 und die steigenden Zinsen führen zu einem rund vier Millionen Franken höheren Zinsaufwand für Überbrückungskredite und die Verzinsung von Spezialfinanzierungen als im Budget 2023.

Im Budget 2024 ist noch eine einfache Gewinnausschüttung der SNB enthalten. Dies bedeutet ein Minus von 21.6 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2023, in dem noch mit einer zweifachen Gewinnausschüttung gerechnet worden ist. Effektiv ist aufgrund der Entwicklung der Finanzmärkte davon auszugehen, dass es auch 2024 keine Gewinnausschüttung der SNB geben wird. Die SNB entscheidet in der ersten Januarwoche 2024 über die definitive Ausschüttung. Die Hälfte aller Kantone hat eine einfache bis dreifache Gewinnausschüttung der SNB in ihren Budgets 2024 eingestellt.

Beim Finanzausgleich zwischen den Politischen Gemeinden wird mit einer Zunahme des Aufwandes um 565'000 Franken gegenüber der Rechnung 2022 gerechnet. Grund dafür ist die Annahme einer grösseren Disparität der Steuerkräfte, besonders derjenigen im unteren Drittel.

7410 - 7440 Steuerverwaltung

Der Veranlagungsstand per 31. August 2023 beträgt bei den natürlichen Personen für die Steuerperiode 2021 93 % und für die Steuerperiode 2022 rund 15 %. Bei den juristischen Personen beläuft sich der Veranlagungsstand für die Steuerperiode 2021 auf 87 % und für die Steuerperiode 2022 auf 34 %. Es konnten zwar einige neue Mitarbeitende rekrutiert werden. Diese benötigen aber rund drei Jahre, um eine genügende Produktivität zu erreichen.

Der Plan der Steuerverwaltung, mit grosszügigen Mitwirkungsentschädigungen die Gemeinden zu einer vermehrten Mitarbeit bei den Veranlagungen zu animieren, ist in Diskussion mit dem Verband Thurgauer Gemeinden. Bei der Qualität möchte die Steuerverwaltung allerdings keine Abstriche machen und erwartet eine Mindestzahl von ca. 1'500 Veranlagungen im Jahr von einer Person, die auf den Gemeinden Veranlagungen vornimmt. Sollte keine verstärkte Mitwirkung der Gemeinden realisiert werden können, ist auf das Budget 2025 eine Spezialbotschaft mit einer Personalerhöhung bei der Steuerverwaltung denkbar.

Die Steuereinnahmen 2024 der natürlichen Personen sind aus Sicht der Steuerverwaltung realistisch und nicht zurückhaltend geschätzt worden. Die Schätzung erfolgte aufgrund der effektiven Steuereinnahmen 2022, der Hochrechnung für 2023, einem Bevölkerungswachstum von 1.2 % sowie einer Steigerung der Einkommen von 3 % eher sportlich.

7510 - 7515 Sozialamt

Die Zahl der Flüchtlinge hat 2023 zugenommen. Das Amt rechnet im Jahr 2023 mit einer Zunahme von rund 600 Personen.

Land Status «S»: Ukraine

Länder mit ordentlichen Flüchtlingen: Türkei, Afghanistan, Algerien, Eritrea, Syrien

Für die Peregrina-Stiftung ist 2024 ein Aufwand von 16.1 Mio. Franken vorgesehen, der sich wie folgt aufteilt:

Aufwand Peregrina Status «S»	2.1 Mio. Franken
Aufwand temporäre Asylunterkunft	1.5 Mio. Franken
Aufwand ordentliche Flüchtlinge	<u>12.5 Mio. Franken</u>
Total	16.1 Mio. Franken

7530 – 7555 Amt für Gesundheit

Umsetzung Pflegeinitiative: Es ist noch offen, wofür die geplanten 5.05 Mio. Franken für die Nachwuchsförderung in der Pflege im Detail ausgegeben werden sollen.

Förderung des Hausärztenachwuchses: Das hausärztliche Curriculum Thurgau ergänzt das bereits etablierte Praxisassistentenprogramm zur Förderung der Hausarztmedizin. Durch das Curriculum können angehende Fachärztinnen und Fachärzte eine individuell passende Weiterbildung in zahlreichen Spezialgebieten (z.B. Pädiatrie, Gynäkologie, Rheumatologie) absolvieren und damit ein breites, für den Alltag in einer Grundversorgungspraxis wichtiges Fachwissen erwerben. Durch die Organisation im Curriculum ist eine modulare und zeitlich kompakte Weiterbildung zur Fachärztin bzw. zum Facharzt nun auch im Kanton Thurgau möglich.

Finanzplan 2025 – 2027 DFS

Temporäre Steuerfusserhöhung

Der Finanzplan 2025 – 2027 beinhaltet eine temporäre Steuerfusserhöhung um 8 %. Wesentliche Einnahmequellen auf der Ertragsseite (SNB, Neuer Finanzausgleich) können nicht beeinflusst werden. Einzige Alternative zu einer Steuerfusserhöhung wäre eine massive Senkung der Ausgaben.

Informatikprojekte Steuerverwaltung

Folgende Informatikprojekte der Steuerverwaltung sind im Finanzplan enthalten:

1. Software Grundsteuern
Ablösung der Software Grundsteuern aus dem Jahr 1993, welche 2025 eingeführt werden muss. Für die Softwareentwicklung konnte das Unternehmen Ingtes AG gewonnen werden. Die Arbeiten schreiten planmässig voran.
2. Veranlagung juristische Personen
Die Software Veranlagung juristische Personen aus dem Jahr 1997 sowie Teile der Bezugssoftware «nest» der KMS AG müssen im 2. Quartal 2024 einem technischen Update unterzogen werden. Dieses Softwareupdate realisiert der Kanton Thurgau mit 13 weiteren Kantonen.
3. Ablösung des Debtors in der Software «nest»
Diese Ablösung soll bis 2027 zusammen mit denselben 13 weiteren Kantonen vorgenommen werden.
4. Software Unternehmensbewertungen
Diese wurde im vergangenen Jahr zusammen mit der Schweizerischen Steuerkonferenz und der Eidgenössischen Steuerverwaltung umgesetzt. Man ist jetzt mit den anderen Kantonen dabei, Kinderkrankheiten auszumerzen und die Schnittstellen zu optimieren.
5. PEROB
Diese Software bedarf 2025 und 2026 einer technologischen Überholung.
6. Einheitliche Bezugssoftware

Der Auftrag zur Vereinheitlichung der Bezugssoftware für natürliche Personen der 80 Thurgauer Gemeinden ist vom Grossen Rat erteilt worden. Die Ausschreibung für die Vergabe dieses Projektauftrages wird seit Sommer 2023 mit Vertretern der Thurgauer Gemeindesteuerämter und der Kantonalen Steuerverwaltung intensiv vorbereitet.

7. OECD-Mindeststeuer

Das Projekt und die neue Software für die Veranlagung, den Bezug und die Verteilung auf die Kantone der schweizerischen Ergänzungssteuer muss bis am 1. Januar 2025 umgesetzt werden.

Im Weiteren sind folgende Projekte angedacht:

- E-Bilanz für juristische Personen
- Online-Deklaration Natürliche Personen
- Online-Deklaration Juristische Personen
- Online-Deklaration Grundstückgewinnsteuer

Die bestehenden Ressourcen der Steuerverwaltung sowie des Amtes für Informatik zur Bearbeitung dieser Projekte erfordern eine Priorisierung der Projekte. Zudem muss zunehmend auf externe Ressourcen zurückgegriffen werden.

Budget 2024 SK

Allgemein

Mit der Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes wurde die Finanzkontrolle anstelle des Departements für Finanzen und Soziales neu der Staatskanzlei administrativ zugeordnet. Dies bringt einen Mehraufwand im Budget der Staatskanzlei von rund 2.2 Mio. Franken. Der Nettoaufwand der Erfolgsrechnung 2024 liegt bei geplanten 12.1 Mio. Franken (gegenüber 9.8 Mio. Franken im Budget 2023 und 8.6 Mio. Franken in der Rechnung 2022). Das hohe Budget 2024 gegenüber der Rechnung 2022 ist vor allem auf die Durchführung der kantonalen Gesamterneuerungswahlen für den Grossen Rat, den Regierungsrat und die Bezirksbehörden zurückzuführen. Es fallen höhere Ausgaben im Informatik- und Drucksachenbereich an.

Zum ersten Mal ist die Nationalratswahl am 22. Oktober 2023 (Proporzahlen) mit dem neuen Ergebnisermittlungssystem VOTING durchgeführt worden. Eine weitere Premiere war der Einsatz von E-Voting für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei der Nationalratswahl. In der bisherigen Versuchsphase wurde E-Voting noch nie für Proporzahlen eingesetzt.

Fehlerhafte Wahlzettelbroschüren bei der Nationalratswahl 2023

Die vereinzelten fehlerhaften Wahlzettelbroschüren für die Nationalratswahl 2023 vom 22. Oktober 2023 sind auf einen Fehler der Druckerei zurückzuführen. Es wurden rund 190'000 Wahlzettelbroschüren auf dem Sammelhefter produziert. Davon waren rund

300 Exemplare fehlerhaft und wurden durch die automatische Sicherheitskontrolle ausgesondert. Diese fehlerhaften Broschüren wurden in der Folge von Hand auseinander genommen und manuell in der Seitenabfolge korrigiert. Dabei kam es offenbar zu erneuten Fehlern, die unbemerkt blieben, weil die Wahlzettelbroschüren ohne erneute Sicherheitskontrolle geheftet und ausgeliefert wurden. Die Staatskanzlei hat schnell und umsichtig reagiert mit

1. Einer Medienmitteilung vom 3. Oktober 2023 «Wahlzettel für die Nationalratswahl sind zu überprüfen»; und
2. Mit einem Informations-Flyer «Bitte Wahlzettel überprüfen» in alle Haushalte.

Stellenetat

Die Budgetvorlage sieht für die Staatskanzlei 0.4 neue Planstellen und 0.5 befristete Stellen vor. Bewilligt wurde die Pensenerhöhung der Leiterin der Regierungskanzlei auf 100 %. Ferner wurde eine Stelle bei der Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale (BLDZ), Ressortleitung und Sachbearbeitung Lehrmittel, um 20 % aufgestockt. Lediglich befristet bewilligt worden ist die Erhöhung des Beschäftigungsgrades um 20 % einer technisch-wissenschaftlichen Sachbearbeiterin bei der Dienststelle für Statistik.

Die Dienststelle für Statistik ist die zuständige Stelle für die Koordination, Durchführung und Qualitätskontrolle der Registerharmonisierung gemäss Art. 9 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister. Die Einwohnerregisterdaten werden immer breiter genutzt. Die Daten der Einwohnerregister fliessen ein in das kantonale Personen- und Objektregister PEROB und werden von dort aus für administrative Zwecke vieler Ämter genutzt.

2100 Staatskanzlei

Der Digitalisierungsverantwortliche der Parlamentsdienste hat seine Tätigkeit am 1. Oktober 2023 aufgenommen. Er wird die Digitalisierungsthemen für den Grossen Rat und die Parlamentsdienste sowie die Staatskanzlei begleiten und vorantreiben.

Die Erfahrungen mit E-Voting an der Abstimmung vom 18. Juni 2023 waren durchwegs positiv. E-Voting wird genutzt und funktioniert. Als nächster Schritt soll E-Voting auf das Inlandelevator ausgedehnt werden. Damit nähert man sich schrittweise einem Regelbetrieb.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale (BLDZ)

Ein Objektkredit (Seite 291 der Budgetbotschaft) betrifft die BLDZ. Für die Möblierung und die Ausstattung mit Medientechnik des Ergänzungsbaus zum Regierungsgebäude sollen 2.86 Mio. Franken zur Verfügung gestellt werden. Bei knapp 300 Arbeitsplätzen entspricht dies Kosten von rund 9'500 Franken pro Arbeitsplatz.

9/9

Finanzplan 2025 bis 2027 SK

Keine Bemerkungen

Kreuzlingen, 27. Oktober 2023

Der Subkommissionspräsident:
Kantonsrat Beat Rüedi